

fungen in Anlage-B-Gewerben. Weiterhin werden zusätzliche allgemeine verfahrensrechtliche Regelungen aufgenommen.

**Änderung der Wirtschaftsprüfungsexamens-Anrechnungsverordnung**

Mit der Änderung soll eine noch stärkere Verzahnung der zeitlichen Abläufe anrechenbarer Studiengänge für das Wirtschaftsprüferexamen mit den Anforderungen der Prüfpraxis erreicht werden. Insbesondere soll der Anteil der Praxiszeit, der vor Aufnahme eines auf der Grundlage der Verordnung akkreditierten Studienganges nachzuweisen ist, auf sechs Monate halbiert werden, ohne dass die erforderliche Gesamtpraxiszeit beeinträchtigt wird.

**Rechtsverordnung zur Ausgestaltung des Gewerbeanzeigeverfahrens nach § 14 der Gewerbeordnung**

Ziel der Rechtsverordnung ist die Anpassung der Mustervordrucke für die Gewerbean-, -um und -abmeldung sowie die Erleichterung der medienbruchfreien elektronischen Erstattung der Gewerbeanzeige.

Noch geprüft wird folgendes Vorhaben im Bergrecht:

**Änderung der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben im Rahmen von Zulassungsentscheidungen bei der Erdgasförderung aus unkonventionellen Lagerstätten.**

40. Abgeordnete **Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Gibt es eine positiv entschiedene Voranfrage oder bereits eine Genehmigung für die Lieferung von 126 Kampffjets an Indien?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann  
vom 6. Oktober 2011**

Es liegt eine positiv beschiedene Voranfrage für die Ausfuhr von Kampfflugzeugen nach Indien vor. Eine Genehmigung für die Lieferung von Kampfflugzeugen an Indien wurde bislang aber weder beantragt noch erteilt.

41. Abgeordneter **Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung nach dem Scheitern im Bundesrat beim Gesetz zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (CCS-Gesetz) unternehmen (mit konkreter Angabe des voraussichtlichen Zeitplans), um die bereits zum 25. Juni 2011 abgelaufene EU-Richtlinie 2009/31/EG zur geologischen Speicherung von Kohlendioxid umzusetzen, nachdem die Bundesregierung von Oktober 2009 bis April 2011 gebraucht hat, um einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einzubringen, und teilt die Bundes-